

## Der Tänzer von Auschwitz

Adolek Kohn über ein Video, das ihn weltbekannt gemacht hat

Seiten 20/21



# Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Jetzt auch auf dem iPad

Mittwoch, 20. Oktober 2010 | 66. Jahrgang | Nr. 244 | D | D 2972 | 1,60 Euro



## Versöhnen statt spalten

Bundespräsident Wulff hat bei seinem Besuch in der Türkei die türkischen Mitbürger gelobt, zugleich aber zur Integration aufgerufen. Seiten 4, 11

### ÜBERSICHT

#### NRW Rot-Grün

100 Tage im Amt: Die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen hat die erste Behauptungsfrist ganz passabel überstanden. Doch die großen Herausforderungen warten noch. Verändert hat sich aber schon die politische Kultur im größten Bundesland. Es wird weniger arrogant regiert und es gibt mehr Dialogbereitschaft. Seiten 2/3

#### Koch Konzernchef?

Entgegen bisheriger Dementis ist Hessens Ex-Ministerpräsident Roland Koch nun doch als Chef des Baukonzerns Bilfinger Berger im Gespräch. Das Unternehmen bestätigte Gespräche. Als im August Medien über einen Einstieg Kochs bei Bilfinger Berger berichteten, hatte Koch dies als „Unfug“ zurückweisen lassen. Seite 5

#### Der Islam und wir

Was wir zurzeit als die Identität des „christlichen Abendlands“ besonders inbrünstig beschwören, hat seine Herkunft auch in der islamischen Kultur. Umgekehrt orientieren sich islamische Künstler nicht erst seit heute an der westlichen Moderne, wie zwei Ausstellungen in München und Karlsruhe zeigen. Seiten 29-31

#### Die Last der Söhne

Stefan Beckenbauer kennt das Problem, Jordi Cruyff ebenso: Auch Fußballer Enzo Zidane hat einen berühmten Vater. Der 15-Jährige, ältester Sohn des großen Zinedine Zidane, Fußball-Weltmeister 1998, spürt in jungen Jahren schon den Druck und die Erwartungen, die große Namen herzurufen. Seite 26

#### Angriff im Zentrum

Erneut haben Rebellen die Unruhorepublik Tschetschenien aufgeschreckt: Am Dienstag griffen mehrere Terroristen das Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Grosny an. Sie töteten mehrere Menschen und sprengten sich in die Luft. Die Untergrundbewegung selbst ist gespalten. Seite 8

## Stromkonzerne kassieren ab

Der Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt funktioniert nicht - zu viel Macht liegt in wenigen Händen.

Die Verbraucher bezahlen deswegen die Milliardengewinne der Energieriesen.

Von Jakob Schlandt

Auf dem deutschen Energiemarkt herrschen nach wie vor paradiesische Zustände - für die großen Energiekonzerne, die Rekordgewinne einfahren. Durch mangelnden Wettbewerb sind im Bereich Stromerzeugung enorme Renditen möglich, wie eine Studie der Uni HTW Saarland ergab, die der Frankfurter Rundschau vorliegt.

Eon, RWE und EnBW haben demnach im Jahr 2009 rund 23 Milliarden Euro Gewinn erzielt - allein im ersten Halbjahr 2010 wurden bereits 15 Milliarden Euro Profit eingefahren. Die Rendite auf das eingesetzte Kapital liegt

bei rund 25 Prozent, heißt es in der Studie, die im Auftrag der Grünen angefertigt wurde. Damit lassen die Energiekonzerne fast alle anderen Dax-Unternehmen weit hinter sich. Experten und Wettbewerbshüter führen das auf die marktbeherrschende Stellung weniger Firmen zurück. Zusammen mit Vattenfall, das nicht untersucht wurde, kontrollieren die Konzerne mehr als 80 Prozent der deutschen Kraftwerke. Barbel Höhn und Jürgen Trittin von den Grünen kritisierten den fehlenden Wettbewerb und bezeichneten die Renditen als „astronomisch“.

Zusätzlich können die drei Energiekonzerne durch die Lauf-

zeitverlängerungen für Kernkraftwerke mit Einnahmen von 70 Milliarden Euro rechnen. Dies sei, so die Grünen-Politiker, ein Geschenk, das in der deutschen Wirtschaftsgeschichte einmalig sei. „Bezahlen tun dies Verbraucher und Unternehmen durch überhöhte Strompreise aufgrund von mangelndem Wettbewerb.“

Für die Preissteigerungen seien nicht die Erneuerbaren Energien verantwortlich. Ein Durchschnittshaushalt müsse seit dem Jahr 2000 rund 30 Euro mehr für seine monatliche Stromrechnung aufbringen. „In der gleichen Zeit sind die vergleichbaren Kosten für die Erneuerbaren nur um fünf Euro gestiegen.“ Seite 13



Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main  
Telefon 069/21 99-1

Anzeigen-Service, Fax 069/131 00 30  
Telefon 01803/20 20 20

(9ct/Min aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise maximal 42ct/Min)  
Aussendepreise der Frankfurter Rundschau: A, B, E, F, I, M: 7,70 € DWG Engelt bezahlt

Abo-Service, Fax 069/21 99-32 64  
Telefon 01803/86 68 66

FR-online.de

FR-Blugs - Informieren über die historische Frankfurt Story, die Frankfurter Eintracht, über Ausdauer-sport im Ironblog und Leseranwalt Bronski setzt sich mit Leserbriefen auseinander.  
fr-online.de/frblogs, FR-Mobil - News für die Hosentasche fr-online.de/mobil

# Strom-Oligopol schieffelt Geld

## Studie: Milliardenprofit durch Marktmacht

Von Jakob Schlandt

Die deutschen Stromkonzerne erwirtschaften trotz Krise Rekordgewinne, die weit über den in anderen Branchen üblichen Profiten liegen. Dies geht aus einer Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes hervor, die der FR vorliegt. Die Autoren Uwe Leprich und Andy Junker werteten im Auftrag der Grünen die Geschäftsberichte der drei Konzerne Eon, RWE und EnBW aus und stellten einen enormen Gewinnanstieg fest. Allein 2009 fuhren sie zusammen 23 Milliarden Euro Profit ein. Seit 2002 wurden über 100 Milliarden Euro Gewinn erzielt, in diesem Zeitraum verstreben sich die Erträge.

RWE, das die Gewinne der Stromerzeugung getrennt benennt, erreicht demnach eine Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE) von 26,6 Prozent, die Autoren vermuten ähnliche Beträge bei Eon und EnBW. In wettbewerbsintensiven Branchen und im Vergleich mit anderen Dax-Unternehmen seien aber nur neun Prozent angemessen. Ihr Schluss: „Der Gewinn allein in diesem Segment ist um 2,3 Milliarden Euro zu hoch. RWE verdient pro abgesetzter Kilowattstunde 1,1 Cent zu viel.“ Die hohen Renditen der Energieriesen seien insbesondere angesichts ihrer niedrigen Risiken unangemessen.

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin und Vizechefin Barbel Höhn erklärten gestern, die „astronomischen Kapitalrenditen“ könnten nur mit mangelndem Wettbewerb erklärt werden, „der jetzt mit einer Laufzeitverlängerung der AKWs noch zementiert wird“. Mehr Wettbewerb bei der Stromerzeugung, so die beiden Grünen-Politiker, würde die facto zu niedrigeren Preisen führen.

Dieser Ansicht sind auch Verbraucherschützer und Wettbe-

werbshüter. Justus Haucap, Chef der Monopolkommission, sagte der FR: „Die enormen Gewinne überraschen nicht. Es gibt keinen funktionsfähigen Wettbewerb bei der Energieerzeugung in Deutschland, das wurde durch die Laufzeitverlängerung für die Kernkraft noch einmal verfestigt.“ Mittelfristig könne ein Ausbau der Grenzkuppelstellen dafür sorgen, dass der Druck auf die Renditen durch Stromimporte zunehme.

Holger Krawinkel, Energieexperte des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, sagte: „Der Wettbewerb auf dem deutschen Stromerzeugungsmarkt ist eine Farce.“ Die Energieriesen verfügten über mehr Marktmacht als vor der Liberalisierung vor gut zehn Jahren. „Das ist vor allem auf Versagen der Politik zurückzuführen, die nicht ausreichend für Wettbewerb gesorgt hat.“ Nach Einschätzung der Landesbank Baden-Württemberg sind die hohen Gewinne der Jahre 2009 und auch 2010 teils darauf zurückzuführen, dass der Strom zu hohen Preisen bis zu drei Jahre vorher verkauft wurde. Ab 2013 müssten zudem teure Verschmutzungsrechte gekauft werden, das werde die Gewinne weiter drücken. Die Börsenkurse waren zuletzt stark gefallen.

Eine Besonderheit ist den Autoren bei Eon aufgefallen: Der Dusseldorfer Konzern erwirtschaftete einen großen Teil seiner Gewinne mit Spekulationsgeschäften im Derivatehandel, deren Volumen nicht mit Absicherungsgeschäften zu erklären sei. Die Bundesregierung müsse mögliche Risiken analysieren und Konsequenzen ziehen, um dem nächsten Casino vorzubeugen. Ein Eon-Sprecher verteidigte das Handelsgeschäft. Es gebe in Europa wesentlich größere Energie-Handelshäuser, das Engagement sei solide und der Vergleich mit Finanzjongleuren „völlig unangebracht“.



Strom müsste gar nicht so teuer sein, wie er ist, ergibt eine Studie im Auftrag der Grünen.

ALEX KRAUS

# Streit über Hedgefonds beigelegt

## EU-Finanzminister einig über Fonds-Pass

Manager von Hedgefonds und privaten Beteiligungsfonds sollen in der Europäischen Union künftig eine EU-weite Zulassung beantragen können. Die EU-Finanzminister einigten sich am Dienstag nach monatelangem Streit über die Regeln für Hedgefonds auf eine gemeinsame Position. Damit können sie nun in die abschließende Verhandlungen mit dem Europaparlament einsteigen. Es sei wichtig gewesen, sich darüber noch vor dem Gipfel der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) im November in Seoul zu einigen, sagte der belgische Finanzminister und amtierende EU-Ratsvorsitzende Didier Reynders.

Fondsmanager mit Sitz in EU-Staaten könnten ab 2013 einen Fonds-Pass beantragen, erklärte Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen. Manager aus Nicht-EU-Staaten kamen ab 2015 an den Pass heran. Dieser solle von den nationalen Aufsichtsbehörden ausgestellt werden. Bis 2018 werde es gleichzeitig noch eine rein nationale Zulassung geben. In Deutschland sind laut Asmussen von der neuen Regel Hedgefonds und Spezialfonds mit einem verwalteten Vermögen von 720 Milliarden Euro betroffen sowie offene Immobilienfonds mit einem Volumen von 110 Milliarden.

Wer die Lizenz zum Vertrieb seiner Produkte bekommen will, muss die Anforderungen der EU-Richtlinie erfüllen. So müssen die Fonds künftig ihre bisher geheim gehaltenen Anlagestrategien und ihre Bewertungsmethoden gegenüber Investoren und der Aufsicht offenlegen. Fondsmanager müssen ein Mindestkapital nachweisen und sicherstellen, dass das Fondsvermögen ordnungsgemäß in Depotbanken verwahrt wird.

Ein Streit zwischen Frankreich und Großbritannien hatte die Pass-Gesetzgebung blockiert. tr

# BayernLB-Debakel kommt vor Gericht

## Managern und dem Land Kärnten droht Regress / Schuld von Verwaltungsräten ist umstritten

Von Thomas Magenheim

MÜNCHEN. Es führt kein Weg mehr daran vorbei: Das Debakel der BayernLB wird in Schadenersatzprozessen vor Gericht aufgerollt. Das zumindest hat eine Sitzung des Verwaltungsrats der Bank unausweichlich gemacht, wenn auch noch nicht formal beschlossen. Betroffen sind primär die für den Fehlkauf der Kärntner Skandalbank Hypo Group Alpe Adria (HGAA) verantwortlichen Topmanager der Landesbank.

„Der ehemalige Vorstand muss Schadenersatz leisten“, stellt Bayerns Finanzminister und LB-Verwaltungsratschef Georg Fahrenschon klar. Auch Kärnten und einer Gruppe um den Investor Tilo Berlin droht als HGAA-Verkäufer Regress. Hefig gestritten wird dagegen über Klagen gegen CSU-

Politiker, die die BayernLB seinerzeit überwacht haben.

Mittlerweile gibt es drei Gutachten über die Verantwortung von Managern und Verwaltungsräten, die sich teilweise widersprechen. Klar scheint der Fall des früheren BayernLB-Chefs Werner Schmidt und seiner sieben Vorstandskollegen. Nach einem von Fahrenschon bei der Kanzlei Hengeler Mueller (HM) in Auftrag gegebenen und nun vorgelegten Gutachten haben sie sich beim HGAA-Kauf 2007 haftbar gemacht, kompetenzwidrig gehandelt und Pflichten verletzt.

In der Bank gilt eine Klage gegen Ex-Vorstände als beschlossene Sache. Das Aufsichtsgremium soll sie nächsten Montag endgültig auf den Weg bringen. 3,7 Milliarden Euro hat das Debakel um die mittlerweile an Österreich ver-

schenkte HGAA gekostet. Eine solche Summe ist selbst bei vermögenden Bankern nicht zu holen. In die Millionen dürften die Schadenersatzklagen aber schon gehen, schätzen Insider.

Als wahrscheinlich gilt auch eine Klage gegen Kärnten und den Investor Berlin, die im Auftrag der BayernLB von einer Wiener Kanzlei vorbereitet wird. Geprüft werden Ansprüche wegen arglistiger Täuschung beim HGAA-Verkauf. „Im Grunde wurde ja künstlich die Bilanzsumme der HGAA aufgebläht“, sagt Fahrenschon. Auf rund 150 Millionen Euro beziffern Insider das Ausmaß der möglichen Bilanzfälschung, die auch politische Brisanz beinhaltet. Denn Fahrenschon sieht auch den verstorbenen Ex-Regierungschef Kärntens, Jörg Haider, an den Machenschaften beteiligt.

Politischer Sprengstoff liegt aber vor allem in Bayern. Denn während das jetzige HM-Gutachten frühere LB-Verwaltungsräte und CSU-Granden wie Erwin Huber, Günther Beckstein und Georg Falthäuser entlastet, sehen Oppositionspolitiker, die den HGAA-Kauf seit Wochen in einem Untersuchungsausschuss aufrollen, das anders. Sie wollen auch Ex-Verwaltungsräte verklagen.

Hoch her geht es zudem im zweiten Sündenfall der BayernLB beim Kauf von US-Schrottpapieren im Umfang von 24 Milliarden Euro. Hier spricht ein früheres HM-Gutachten Vorstand und Verwaltungsrat von einer Schuld frei, während ein vom Landtag in Auftrag gegebenes Gutachten der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg zum gegenteiligen Ergebnis kommt.

# Kasse machen mit Aeroflot

## Moskau prüft Teilverkauf

Russland erwägt den Verkauf Reines Minderheitsanteils an Aeroflot. Die größte Airline des Landes konnte auf die Liste mit Unternehmen gesetzt werden, von denen der Staat Anteile veräußern wolle, sagte Finanzminister Alexej Kudrin. 50 Prozent plus eine Aktie an Aeroflot sollten aber in Staatsbesitz bleiben. Derzeit hält die Regierung 51 Prozent und die Zentralbank zwölf Prozent.

Moskau hatte ein Privatisierungsprogramm von umgerechnet 35 Milliarden Euro angekündigt. Mit dem Geld will es das Haushaltsdefizit senken und strategisch wichtige Unternehmen stärken. Unter anderem will sich die Regierung von Anteilen an der Großbank VTB, dem Oliganten Rosneft und der Reederei Sovcomflot trennen. tr